



## Änderungsantrag

der Fraktionen von CDU und FDP

### Für eine international abgestimmte Flüchtlingspolitik

Drucksache 17/ 1498

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag verfolgt die Umwälzungen in den Ländern Nordafrikas und des Nahen und Mittleren Ostens mit großer Anteilnahme und gedenkt der bisherigen Opfer der Proteste. Für den friedlichen Einsatz für die Demokratie bekundet er seinen Respekt und seine Solidarität.
2. Der Landtag bekennt sich zu der grundsätzlichen Verantwortung, Flüchtlinge und politisch Verfolgte in Abstimmung mit dem Bund, den Ländern und den anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union aufzunehmen. Der Landtag stellt hierzu fest, dass es bei der Aufnahme von Flüchtlingen und politisch Verfolgten eine geteilte Verantwortung von Mitgliedsstaaten der europäischen Union, der Mittelmeerunion und Mitgliedsstaaten der arabischen Liga gibt.
3. Der Landtag begrüßt es, wenn die Bundesregierung im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel gemeinsam mit den Partnern in der EU, den Ländern Nordafrikas und des Nahen und Mittleren Ostens ein umfassendes Angebot für eine zielorientierte, bedarfsgerechte und partnerschaftliche Unterstützung des Wandels in der Region unterbreitet und wenn hierfür Ressourcen im Rahmen des Bundes- sowie EU-Haushaltes bereitgestellt werden.
4. Der Landtag stellt fest, dass Schleswig-Holstein im Bereich der Asyl-, Flüchtlings- und Resettlementpolitik im Rahmen der bestehenden rechtlichen Verpflichtungen und innerhalb der getroffenen Vereinbarungen zwischen Bund, Ländern und EU-Mitgliedsstaaten selbstverständlich seinen Beitrag leisten wird.

Astrid Damerow  
und Fraktion

Gerrit Koch  
und Fraktion